

Arbeit, Bildung, soziale Gerechtigkeit: Berlin nach vorne bringen.



Von Klaus Wowereit und Michael Müller
Eisenach, im Januar 2010

Das Jahr 2009 war für die SPD in Berlin ein schwieriges Jahr. Das Ergebnis der Bundestagswahl hat deutlich gemacht, dass große Herausforderungen vor uns liegen. Wir haben uns Zeit genommen, dieses Ergebnis auszuwerten, jetzt gilt es hieraus Konsequenzen zu ziehen.

Wir werden in den kommenden zwei Jahren deutlich machen, dass wir Ansprechpartnerin für alle Bürgerinnen und Bürger sind, die eine gerechte, solidarische und zukunftsorientierte Politik wollen.

2010 werden die SPD, der Regierende Bürgermeister und die sozialdemokratischen Abgeordneten um Vertrauen werben und die politische Deutungshoheit verteidigen. Wir setzen auf gemeinsame Anstrengungen, um die Berlinerinnen und Berliner unsere Politik und unsere Partei zu gewinnen. Die SPD ist und bleibt die einzige Kraft, die in der gesamten Stadt Unterstützung und Akzeptanz erhält, nicht nur in einem Teil oder in einer Klientel. Wir sind die BerlinPartei.

Unser Ziel ist es, 2011 mit Klaus Wowereit an der Spitze die Wahlen 2011 zu gewinnen und erneut deutlich stärkste Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zu werden.

1. AUF DEM WEG ZUR DRITTEN ETAPPE SOZIALDEMOKRATISCHER REGIERUNGSPOLITIK

Die SPD trägt seit 2001 Regierungsverantwortung für Berlin. Klaus Wowereit hat zunächst gemeinsam mit Bündnis 90/die Grünen und später mit dem ersten rot-roten Senat den überfälligen Mentalitätswechsel in der Stadt eingeleitet und Berlin aus seinem Dornröschenschlaf der Insellage erweckt. Berlin wurde so zum sozialen, kulturellen und politischen Zentrum Deutschlands.

Mit der Wiederwahl 2006 hat Klaus Wowereit mit der SPD und dem Berliner Senat die Stadt im Chor der großen Metropolen als tolerante, weltoffene Stadt positioniert. Berlin gilt als die kreative und Trends setzende Metropole der Welt, die anzieht. Die vergangene Woche mit der internationalen Modemesse „Bread & Butter“ und der „Fashion Week“ hat unterstrichen, dass Berlin als Kreativstandort einen festen Platz in Europa und der Welt inne hat.

Jetzt im Jahre 2010 machen wir uns auf dem Weg in die dritte Etappe sozialdemokratischer Regierungsverantwortung für Berlin. Das Fundament für diese Etappe haben wir durch harte Reform- und Sanierungsarbeiten gelegt:

- Mit der strikten Haushaltskonsolidierung und dem Verkauf der Landesbank wurden neue Spielräume für politische Gestaltung eröffnet.
- Mit der zweiten großen Bildungsreform von Schule und Kita werden wir die Hauptschulen abschaffen, vielen jungen Menschen durch die Sekundarschule wieder Perspektiven geben und die frühkindliche Bildung der Berliner Kinder deutlich verbessern.
- Mit dem Mentalitätswechsel in der Wirtschaftsförderung und dem konsequenten Weg zum neuen BBI hat die SPD auch gegen erhebliche Widerstände die Entwicklung neuer Wirtschaftsräume vorangetrieben.
- Mit dem Leitprojekt der Sozialen Stadt ist Berlin zu einer Stadt geworden, die zusammenhält und deren Wohn- und Lebensqualität sich nicht zuletzt in den vielfältigen Kiezen widerspiegelt.

Auf Basis dieses Fundaments wollen wir Berlin zur **Modellstadt für das nachhaltige Zeitalter** weiterentwickeln:

- Berlin soll zur Hauptstadt der nachhaltigen Wirtschaft und der grünen, innovativen Zukunftsindustrien werden.
- Berlin soll die Stadt werden, in der unterschiedliche Lebensentwürfe akzeptiert und durch moderne soziale Dienstleistungen unterstützt werden.
- Berlin ist die Stadt, in der die Menschen Bildung suchen und hervorragende Bildungseinrichtungen von der Kita bis in die Hochschule finden.
- Berlin ist die Stadt, in der Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Herkünften friedlich zusammenleben und Integration beispielhaft für die Republik gelebt wird.
- Berlin wird von der sozialen zur solidarischen Stadt, in der die Bürgerinnen und Bürger füreinander eintreten und die Politik alle dabei unterstützt, ihr Leben eigenständig bestreiten zu können.

2. SOZIALDEMOKRATISCHE SCHWERPUNKTE FÜR DAS JAHR 2010

Die SPD hat alle Chancen, die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus erneut zu gewinnen. Bis 2011 werden viele von der SPD durchgesetzte und im Senat verantwortete Projekte spürbare Verbesserungen für die Berlinerinnen und Berliner bringen:

- 2011 wird der Großflughafen „Willy Brandt“ eröffnet mit positiven Effekten auf dem Arbeitsmarkt.
- 2011 ist die dringend notwendige Bildungsreform für Schule und Kita abgeschlossen.
- 2011 sind alle drei Kitajahre beitragsfrei.
- 2011 sind eine große Zahl Berliner Bäder saniert.
- 2011 ist die Personalausstattung der Kitas deutlich verbessert.
- 2011 sind Schulen, Krankenhäuser und Kitas durch das zweite Konjunkturprogramm energetisch saniert.

Auf dem Weg dorthin, im Jahre 2010, werden wir uns vier Schwerpunkte setzen, in denen wir unsere politische Deutungshoheit für ganz Berlin untermauern.

Berlin als Standort für Zukunftsindustrien

Berlin ist eine kreative Dienstleistungsmetropole. Wir wollen die Stärken der Kreativwirtschaft, des Film- und Medienstandortes sukzessive weiter ausbauen. Um neuen Wohlstand und nachhaltiges Wachstum in die Stadt zu bringen, muss Berlin als Industriestadt erkennbar werden. Wir brauchen eine neue Industrialisierung der Stadt, die einen neuen Schub an Wachstum und Arbeitsplätzen auslöst. Mehr industrielle Arbeitsplätze schaffen zugleich mehr Arbeitsplätze im Berliner Handwerk.

Berlins Industrie ist durch die harte Sanierungsarbeit in den letzten Jahren heute international wettbewerbsfähig. Dieses Fundament wollen wir in der kommenden Dekade weiter stärken und ausbauen. Wir positionieren Berlin dabei als Standort für Zukunftsindustrien wie der Green Economy, der (E-) Mobilität, der Gesundheitswirtschaft und der wissens- und innovationsgetriebenen IT. In Berlin werden Produkte der nachhaltigen, ressourcenschonenden Wirtschaft des 21. Jahrhunderts erdacht, angewandt und produziert.

Wir wenden uns entschieden gegen die Pläne der Bundesregierung die Förderung des Solarstroms abzubauen. Dies schwächt den Ausbau Erneuerbarer Energien, schadet dem Standort Berlin und gefährdet hunderte von Arbeitsplätzen.

Der Regierende Bürgermeister hat sich gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden, den Gewerkschaften aber auch vielen weiteren Unternehmern des Mittelstandes aufgemacht, Berlin wieder stärker als Industriestandort zu profilieren. Klaus Wowereit wird im März einen „Steuerungskreis Industriepolitik“ mit Wirtschaft und Gewerkschaften im Roten Rathaus einrichten, der sich vornimmt, die Zahl der industriellen Arbeitsplätze deutlich zu erhöhen. Zugleich werden wir industrielle Räume wie Adlershof, Buch oder den TU Campus mit Nachdruck entwickeln. Nach seiner Schließung wird Tegel ein Industriepark.

Integration ist umfassende Teilhabe für alle

Soziale Integration ist ein Kernanliegen der SPD. Berlin gilt heute als weltoffene Stadt, in der Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsn ihre Heimat finden. Dafür haben wir in den letzten Jahren das Fundament einer aktiven Willkommenskultur etabliert. Integration wird heute zigtausendfach erfolgreich gelebt.

Wir verstehen Integration als umfassende soziale, politische und wirtschaftliche Teilhabe. Sie gilt für alle Menschen – ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Dieses Ziel zu verwirklichen ist ein Projekt für Generationen. Wir wollen fordern und fördern – auch im Bereich der Integrationspolitik. Positive Integrationserfolge dürfen durch reißerische Tagesmeldungen nicht kaputt gemacht werden. Wir wollen Erfolge noch sichtbarer machen. Sozialdemokratische Politik verschließt aber auch nicht die Augen vor Fehlentwicklungen, insbesondere die schlechteren Chancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Daher werden wir mit unserer Bildungsreform in Schule und Kita die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die keinen Schulabschluss haben, halbieren.

Der Wille zum Aufstieg ist in bestimmten Schichten verloren gegangen. Wo der Wille, durch Leistung und Anstrengung voranzukommen fehlt, werden wir Anreize neu setzen. Integrationspolitik ist bei uns ein Aufstiegsprogramm. Wir brauchen mehr Vorbilder, die aus ihrem Leben etwas gemacht haben – sie werden wir unterstützen. Die SPD wird 2010 den Hochschulzugang für junge Menschen ohne Abitur weiter öffnen, um Anreize für Aufstieg zu setzen und Durchlässigkeit zu stärken.

Durch die Sekundarschule, durch diverse Sprachangebote, durch frühkindliche Bildung mit künftig mehr als 1800 zusätzlichen Erziehungslehrerinnen und -lehrern sorgen wir dafür, dass kein junger Mensch ohne ausreichende Sprachkenntnisse bleibt. Durch stärkere Vernetzung der Initiativen und Behörden, durch mehr und mehr Stadtteilmütter sowie durch Integrationslotsen sorgen wir dafür, dass kulturelle Barrieren keine Mauern sind. Und durch die landesweite

Ausweitung von Projekten wie „Stopp TOKAT“ oder „Stark gegen Gewalt“ unterstützen wir Polizei, Engagierte und Familien dabei, Gewalt und Ausgrenzung Einhalt zu gebieten.

Die Solidarische Stadt

Das von Union und FDP verabschiedete so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird die Spaltung der Städte verschärfen. Allein durch dieses Gesetz entgehen dem Land Berlin bis 2013 bis zu 721 Millionen Euro an Steuereinnahmen. Im Chor mit vielen anderen Kommunen werden wir gegen noch weitere „Spaltungsbeschleunigungsprogramme“ kämpfen.

Für uns in Berlin ist dieser Fundamentalangriff auf die Städte noch größerer Ansporn mit unseren Anstrengungen zur Förderung des Zusammenhalts nicht nachzulassen. Die Soziale Stadt ist ein Erfolgsmodell. Mit dem Doppelhaushalt 2010/ 2011 unterstützen wir weiter die Soziale Stadt mit dem Quartiersmanagement sowie Sozialarbeiterinnen und -arbeitern an Schulen, in Initiativen und Projekten.

Berlin hat ohne Zweifel im Vergleich zu anderen Städten insgesamt günstige Mieten. Unser Ziel ist es, die Berliner Mischung aller Schichten in den Quartieren zu erhalten -- für die betroffenen Menschen und für die Attraktivität Berlins. Deshalb müssen wir jetzt Tendenzen der Verdrängung und steigender Mieten in einigen Quartieren entgegentreten. Beginnend mit der Klausurtagung der Fraktion und weiter über den Landesparteitag wird die SPD alle Möglichkeiten zur Steigerung der Wohnqualität bei gleichzeitiger Linderung von Mietsteigerungen ergreifen. Die SPD setzt sich daher auch für ein Klimaschutzgesetz ein, das Mieterinnen und Mieter nicht überfordert.

Die Soziale Stadt braucht die Solidarität vieler: Die der Berlinerinnen und Berliner in den Kiezen, die helfen und ehrenamtlich unterstützen; die der Unternehmen vor allem des Handwerks, die Ausbildungsplätze anbieten; die der Lehrerinnen und Lehrern, die motiviert auch kleinste Bildungs- und Integrationserfolge erkämpfen; die der öffentlichen oder privaten Wohnungsunternehmen, die Mieten bezahlbar halten und Wohnen im Kiez für alle erhalten; die der Sportvereine, die junge Menschen von der Straße holen.

Das ist unser Leitbild der Solidarischen Stadt. Dies unterlegen wir mit dem Programm „Aktionsräume Plus“. Wir werden im Jahr 2010 – angesichts der Ballung von Integrationsproblemen und angesichts der weiter bestehenden Herkunftsabhängigkeit von Bildungschancen in fünf besonders belasteten Quartieren (Kreuzberg-Nordost, Neukölln-Nord, Wedding/ Moabit, Spandau-Mitte, Marzahn/ Hellersdorf-Nord), integrations-, bildungs- und sozialpolitische Ansätze besser miteinander verknüpfen. So wird die Vernetzung der Akteure nochmals intensiviert, und der Stadtumbau auf Schulen, Kitas sowie Nachbarschafts- und Freizeitangebote konzentriert. Zugleich werden wir dort die Finanzmittel auf rund 50 Millionen Euro deutlich aufstocken. Mit den Mitteln werden beispielsweise Programme gegen Schulschwänzen oder Sprachkurse für Zuwanderer bezahlt. Dieser Ansatz der solidarischen Stadt ist also aktive Integrationspolitik.

Die Qualität der Daseinsvorsorge heben

Der Ausbau der Ganztagschule, die stärkere Förderung beitragsfreier Kitas, sowie der Ausbau der sozialen Infrastruktur fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie folgen unserem Ansatz der guten öffentlichen Dienstleistungen, die unterschiedliche Lebensentwürfe in Berlin absichert. Wir wollen auch künftig Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickeln und die Qualität der Daseinsvorsorge erhöhen. Zugleich fordern wir die Bezirke auf, ihren Service für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Gas, Wasser, der öffentliche Personennahverkehr und die Krankenversorgung müssen sicher und bezahlbar sein. Die SPD schließt neue Privatisierungen in diesen Bereichen aus. Bei den bereits privatisierten Unternehmen geht es jetzt darum, wie der Einfluss des Landes am sinnvollsten gestärkt werden kann. Sollte die Deutsche Bahn nicht in der Lage sein, ihr S-Bahn-

Desaster nachhaltig zu lösen, halten wir eine Übernahme der S-Bahn durch das Land Berlin für erforderlich.

Bei den weiteren Themen Wasserbetriebe oder Gasag wollen wir offen darüber diskutieren, ob der Einfluss des Landes durch die Neuverhandlung von Verträgen oder andererseits durch die Übernahme in Landesbesitz sinnvoll ausgebaut werden könnte.

3. 2010: DEN DIALOG MIT DER STADTGESELLSCHAFT SUCHEN!

Wir Sozialdemokraten wollen unsere Politik gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern entwickeln. Im Jahr 2010 werden wir daher Angebote an die Berlinerinnen und Berliner formulieren, über die Zukunft ihrer Stadt zu diskutieren. Wir werden zuhören und offen sein für ihre Anregungen, wir werden Ideen und Konzepte aufnehmen und in unsere Vorhaben der dritten Etappe sozialdemokratischer Regierungspolitik integrieren. Wir starten die Dialogoffensive 2010 in Berlin:

- Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses wird insbesondere bei den wichtigen Vorhaben des Jahres wie dem Klimaschutzgesetz, dem Integrationsgesetz und den Regelungen im Bereich der Mietpolitik den intensiven Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen suchen. Die Information der Berlinerinnen und Berliner und das Werben um Akzeptanz für politische Entscheidungen wird intensiviert. Dafür werden alle Abgeordneten mit Unterstützung der Fraktion vor Ort spezielle Wahlkreistage durchführen.
- Mit vier Hauptstadtkonferenzen wird die SPD zu den zentralen Zukunftsthemen mit den Berlinerinnen und Berlinern unsere politischen Schwerpunktthemen diskutieren und gemeinsame Antworten suchen.
- Mit einer Tour durch alle zwölf Berliner Bezirke wird der Regierende Bürgermeister die Sorgen, Ansprüche und Wünsche der Berlinerinnen und Berliner an sozialdemokratische Regierungspolitik aufnehmen.